

Sächsische Abendzeitung.

Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Die „Sächs. Abendzeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch die Expedition dieses Blattes für 1 Mark 25 Pf. vierteljährlich zu beziehen. — Inserate für das Mittwochsblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendsblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die gespaltene Copyspaltzeile ober deren Raum 10 Pf., Inserate unter fünf Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet, (tabellarische oder complicirte nach Uebereinkunft). — Inserate für die Abendzeitung nehmen an in Hohnstein Herr Bürgermeist. Hesse, in Dresden und Leipzig die Annoncen-Bureaus von Haasenstein & Vogler, Invalidentant und Rud. Mosse, in Frankfurt a. M. G. v. Daube & Co.

N^o 5.

Schandau, Mittwoch, den 17. Januar

1894.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nach § 106 des Reichs-Militär-Pensions-Gesetzes vom 27. Juni 1871 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1893 — R. G. Bl. S. 171 — sind vom 1. April 1893 ab die Invaliden-Pensionen der Unteroffiziere und Soldaten neben einem Dienstlohn im Kommunaldienste oder im Dienste der theilweise aus Reichs- oder Staatsmitteln unterhaltenen Institute zahlbar.

Das Kriegs-Ministerium hat anzunehmen, daß ungeachtet seiner Bekanntmachung vom 5. Juni 1893 noch nicht alle der im Kommunaldienste u. s. w. angestellten pensionirten Unteroffiziere und Soldaten, denen auf Grund der früheren gesetzlichen Vorschriften aus Anlaß der Anstellung die Pension nicht weiter gezahlt werden konnte, in den Genuß der Pension wieder eingetreten sind.

Die Vorstände der betreffenden Behörden werden deshalb hierdurch ersucht, in dieser Beziehung die Militär-Pensions-Verhältnisse der bei ihnen angestellten ehemaligen Unteroffiziere und Soldaten zu prüfen und erforderlichen Falls die Anträge auf Wieder-gewährung der Pension nach Maßgabe der obenerwähnten Bekanntmachung anher zu stellen.

Dresden, am 13. Januar 1894.

Kriegs-Ministerium.
von der Planitz.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 24. ds. Mts. Vorm. 11 Uhr sollen in Rathmannsdorf im Gehöfte des Gutbesizers **Paul**

2 starke Pferde — Wallach — 1 Paar Arbeitsgeschirre, 4 Kühe, 3 St. Jungvieh, 1 Ziege, 4 Wirthschaftswagen, 3 Korbwagen, 1 Korbhülle, 1 Ackerpflug, 1 Dreschmaschine, 1 Häckselschneidmaschine, ca. 20 Schock Roggen, ca. 4 Schock Roggenstroh, ca. 30 Ctr. Kartoffeln, ca. 60 Ctr. Rüben, 1 Haufen Dünger, 1 Pianoforte, 1 Schreibsekretär, 2 Kleiderschränke, 2 Kommoden, 1 Sopha, 2 Tische, 6 Stühle, mehrere Kleidungsstücke und verschied. andere Sachen mehr, werden gegen Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Schandau, am 11. Januar 1894. Schellig, Gerichtsvollzieher.

Sparkasse zu Hohnstein.

Bei der hiesigen Sparkasse wird vom 21. Januar 1894 an in den bekannten Expeditionsstunden und außerdem vom 21. - 31. Januar 1894 jeden Nachmittags von 2-4 Uhr expedirt werden.

Einlagen werden mit 3/2 Procent verzinst.

Hohnstein, den 15. Januar 1894.

Der Stadtgemeinderath.
Dresler, Bürgermeister.

Nichtamtlicher Theil.

Politisches.

Seit voriger Woche ist im Reichslande wieder eine „Haupt- und Staatsaction“ im Zuge, und zwar in Gestalt der Generaldebatten über die Tabak- und die Weinsteuervorlage, sowie über die Vorlage, betreffend die Reform der Reichsfinanzen. Den Reigen dieser wichtigen Verhandlungen eröffnete die Generaldiscussion über die Tabaksteuervorlage, in welche das Haus am Donnerstag eintrat. Am genannten Tage sprach regierungsfreudig Graf Posadowsky, der Schatzsekretär, welcher in längerer Rede das Tabaksteuerproject vertheidigte, während aus dem Hause die Abgeordneten Frey (Centrum), v. Stumm (freicons.) und Wasserhagen (nat.-lib.) das Wort ergriffen. Von ihnen wandte sich Abg. Frey im Namen des Centrums mit aller Entschiedenheit gegen die Tabaksteuervorlage, dieselbe ablehnende Stellung nahm Abg. Wasserhagen für sich und einen Theil seiner politischen Freunde ein, andererseits aber fand die Vorlage einen recht warmen Befürworter in dem freiconservativen Reichsrath v. Stumm. In der am Freitag fortgesetzten Debatte hierüber sprach zunächst der badische Bundesrathsbewollmächtigte v. Jagemann, selbstverständlich im Sinne der Vorlage. Um so entschiedener wandte sich dann der zur freisinnigen Vereinigung gehörende Abgeordnete für Bremen, welche Stadt bekanntlich eine der Hauptplätze der deutschen Tabak-Industrie ist, Frey, gegen die projectirte Tabaksteuer und deren bisherige Vertheidiger. Nach den Ausführungen dieses Redners würde die Verwirklichung dieses Projectes eine schwere Schädigung der hochentwickelten deutschen Tabak-Industrie und speciell zahlreiche Entlassungen von Arbeitern dieser Branche, sowie Lohnkürzungen nach sich ziehen. Hierauf versuchte der elsässische Unterstaatssecretär v. Schrouf eine Anzahl der gegen die Tabaksteuer erhobenen Bedenken zu entkräften und behauptete er, daß die Fabriksteuer das zweckmäßigste Tabaksteuerstystem sei. Namens der Conservativen ließ sich Abg. Gieseler dahin vernehmen, daß sie zwar ernste Bedenken gegen den vorliegenden Entwurf hegten, daß sie jedoch im Prinzip für eine ausgiebigere Besteuerung des Tabaks seien. Energisch verurtheilte der Socialdemokrat Meister, ein Cigarrenarbeiter, den Tabaksteuer-Gesentwurf, wobei er wegen beiderseitiger Ausfälle gegen ein Mitglied des Hauses vom Präsidenten zur Ordnung gerufen werden mußte. Auch im Uebrigen trugen die Ausführungen Meister's vielfach einen leidenschaftlichen und agitatorischen Charakter. Am Sonnabend wurde die Debatte über die Tabaksteuervorlage nochmals fortgesetzt und sollte sie spätestens am Montag beendigt werden.

Die Sitzungen des Reichstages sind von seinem Wieder-zusammentritte am Dienstag an außerordentlich schwach besucht gewesen, selbst die wichtige Generaldebatte über die Tabaksteuer hat keine lebhaftere Frequenz des Reichstages herbeizuführen vermocht. Eine solche unbestimmte Auffassung ihrer parlamentarischen Pflichten seitens zahlreicher Reichsboten kann nur höchlichst bedauert werden, der Fortgang der parlamentarischen Geschäfte wie das Ansehen des Reichstages müssen unter dieser Erscheinung leiden. Hoffentlich werden im Reichstage bald wieder besser besetzte Bänke zu sehen sein.

Nach den Beschlüssen des Senioren-Convents werden die Tabak- und die Weinsteuervorlage in einer gemeinsamen Commission berathen werden. Die Reichstags-Commission für die Novelle zum Stempelabgabengesetz hielt am Sonnabend ihre erste Sitzung ab.

Welche Schädigungen der am 1. August vorigen Jahres

bestehende Zollkampf zwischen Deutschland und Rußland für die deutsche Industrie fortgesetzt zeitigt, davon zeugt u. A. die Umgehung der deutschen Industriellen bei der jüngsten großen Bestellung von Locomotiven und Eisenbahnwagen seitens des russischen Verkehrsministeriums. Letzteres hat die Herstellung von 250 Locomotiven und von mehreren tausend Wagen zum größeren Theile in Oesterreich, zum kleineren Theile in Belgien aufgegeben. Deutschland aber, der bisherige Hauptlieferant von Locomotiven u. s. w. für Rußland wurde völlig umgangen und zwar laut einer Petersburger Meldung der „R. Ztg.“ infolge des deutsch-russischen Zollkrieges.

In Frankreich wird von Seiten der Ultra-Radicalen und Socialisten eine Action zu Gunsten der Begnadigung des zum Tode verurtheilten anarchistischen Attentäters Baillant vorbereitet. Die den gedachten politischen Richtungen angehörenden Deputirten wollen ein Gesuch an den Präsidenten Carnot richten, damit derselbe die über Baillant ausgesprochene Todesstrafe in lebenslängliches Gefängniß umwandle. In Pariser politischen Kreisen ist man der Meinung, daß das Gesuch schließlich unterbleiben werde, auch dürfte der Präsident auf die Sache gar nicht weiter eingehen. Uebrigens bleibt noch abzuwarten, welche Wirkung die Verurteilung, welche Baillant gegen seine Verurtheilung doch noch einlegen will, haben wird. Charakteristisch ist es aber, die französischen Socialisten und Ultra-Radicalen mit einem Verbrecher, wie Baillant, sympathisiren zu sehen, der durch sein Vubensstück ja leicht noch weit größeres Unheil hätte anrichten können. Recht angenehm ist die Lage für die im Proceß Baillant thätig gewesenen Geschworenen und Richter, sie erhalten tagtäglich von anarchistischer Seite Briefe voll schwerer Drohungen.

Die Meldungen aus Sicilien lauten fortdauernd günstig, die drohende allgemeine aufständische Erhebung auf dieser Insel scheint durch das überaus energische Auftreten des General Morra noch rechtzeitig im Keime erstickt worden zu sein. Dagegen soll die bedenkliche Gährung in den unteritalienischen Provinzen noch andauern, so daß die Regierung auch in diesen Theilen des Landes umfassende Vorsichtsmaßregeln traf. Die äußerste Linke der italienischen Deputirtenkammer hat gegen den Ausnahmezustand auf Sicilien Protest eingelegt, was aber den Verdacht nur verstärken kann, daß diese Herren dem heftigsten Treiben der socialistisch-revolutionären Sendlinge auf Sicilien nicht gar so fern stehen.

Ein Weltmonopol für Petroleum!

Schon vor einigen Monaten tauchten Bestrebungen auf, welche auf einen geschäftlichen Zusammenschluß der großen Erdölquellenbesitzer Nordamerikas mit den russischen Naphtha- und Petroleum-Industriellen gerichtet waren, behufs Bildung eines den Petroleummarkt der ganzen Welt beherrschenden „Ringes“. Anfangs stießen diese Bemühungen auf mancherlei Hindernisse, nach neueren Mittheilungen soll aber das Project eines Geschäftsbundes zwischen der Standard-Oil-Compagnie, welche alle bedeutendsten Erdölproducenten Nord-Amerikas umschließt und den russischen Petroleum-Industriellen allmählich doch Aussicht auf Verwirklichung erlangt haben, so daß der russisch-amerikanische Petroleumring vielleicht schon nächstens in die Erscheinung tritt. Sollte jedoch der Plan wirklich noch zu Stande kommen, so würde hiermit ein Welt-Monopol für Petroleum geschaffen werden, dessen Kosten die Petroleum-Consumenten beider Welttheile

zu Gunsten einer kleinen Unternehmergruppe tragen müßten. Man muß nur bedenken, daß einerseits Nordamerika, andererseits Rußland die Hauptlieferanten an Erdöl sind, da die sonstigen Stellen, an denen dasselbe producirt wird, im Erd-überverkehr nicht weiter in Betracht kommen; wenn sich also die nordamerikanischen und die russischen Petroleumlieferanten zusammenschließen, so haben sie dann den internationalen Markt für diesen wichtigen Artikel völlig in Händen. Was das Petroleum in seiner Eigenschaft als Beleuchtungsmaterial und neuerdings auch als Hilfsmittel bei gewissen technischen, gewerblichen und noch anderen Zwecken bedeutet, das braucht hier wohl kaum des Näheren ausgeführt zu werden, umso- fast doch heutzutage der Umsatz in Petroleum in jedem Culturlande einen größeren Posten. Allein Deutschland verbraucht jährlich an Petroleum eine Masse von durchschnittlich zwölf Millionen Centnern, ähnlich groß ist die Petroleum-Consumtion auch in anderen Ländern, und solche Ziffern lassen die Bedeutung des Petroleum im Welthandel zur Genüge erkennen, sie weisen zugleich aber auch darauf hin, wels' colossalen Gewinn die erstrebte Monopolisirung eines derartigen Bedarfsartikels für die in Frage kommenden Unternehmerkreise bringen müßte.

Selbstverständlich hätten sowohl der große Zwischenhandel wie der Kleinhandel mit Petroleum die Kosten eines solchen Petroleum-Monopols mit zu tragen, aber schließlich auch das consumirende Publikum, ja letzteres am meisten; der einzelne Consument muß ja in solchen Fällen erfahrungsmäßig zuletzt stets die Zehne bezahlen! Wenn das projectirte amerikanisch-russische Cartell den Petroleumpreis auch nur um ein bis zwei Mark pro Centner hinausgeht, so ergibt sich hierin in Berücksichtigung des gewaltigen Petroleumverbrauchs auf der Erde, wels' ungeheurer Nutzen dem Cartell beschieden wäre und wie sehr sich dann der Einzelpreis des Petroleum vertheuern müßte. Gegenwärtig sind zwar die Preise für Petroleum verhältnißmäßig billige; z. B. kostete der Centner in Bremen, dem Haupteinfuhrplatz Deutschlands für Petroleum, im vergangenen Jahre nur 4.40 Mk., zweifellos würde jedoch dieser Preis doppelt und dreifach in die Höhe schnellen, wenn nur der internationale Petroleumring erst das Heft in die Hände bekäme. Noch ist die Sache nicht so weit gediehen, indessen liegt die Gefahr nahe, daß die Verständigung zwischen der amerikanischen Standard-Oil-Compagny und den russischen Petroleum-lieferanten doch zu Stande kommt, und da wäre es gut, wenn sich die öffentliche Meinung der Culturstaaten wie die Regierungen die gewaltige wirtschaftliche Tragweite dieses Unternehmens bei Zeiten klar machten. Welche Mittel gegeben sind, um der drohenden Gefahr entgegenzuwirken, dies mag noch dahingestellt bleiben, nur sei nicht unerwähnt, daß hohe Zölle nach vielseitiger Erfahrung die beste Grundlage solcher Ringe und Preistreiber-Conventionen sind, die nachher gewöhnlich durch Zollermäßigungen geprengt werden. Handelsverträge mit ermäßigten Zöllen werden daher wohl einen der Wege zu bilden haben, auf welchem der russisch-amerikanische Petroleumspeculation und ihren für die Allgemeinheit schädlichen Auswüchsen entgegengetreten werden könnte.

Locales und Sächsisches.

Schandau. Nachdem am 7. Januar im Saale des Kurhauses eine Vorstandssitzung stattgefunden hatte, hielt die am 13. December 1885 gegründete Ortsgruppe Schandau des allgemeinen deutschen Schulvereins Sonntag, den 14. Jan.,